

Kein Gefängnis mehr für „Schwarzfahren“ in Hamburg: Jusos Hamburg begrüßen Beschluss des SPD-Landesparteitags

Hamburg, 23. März 2026

Die SPD Hamburg hat sich heute auf ihrem Landesparteitag klar positioniert: Künftig sollen bei den Hamburger Verkehrsunternehmen keine Strafanzeigen mehr nach § 265a StGB wegen „Schwarzfahrens“ gestellt werden. Die von den Jusos Hamburg initiierte Forderung fand breite Unterstützung und wurde nach einer offenen, konstruktiven Debatte zum offiziellen Beschluss der Partei.

Mit diesem Schritt wagen die Delegierten der SPD Hamburg einen Paradigmenwechsel im Umgang mit Fahrpreisverstößen. Der Verzicht auf die Strafanzeige soll die Hamburger Polizei und Gerichte von Bagatelldelikten entlasten. Zusätzlich setzen die Antragssteller*innen ein Zeichen gegen die Kriminalisierung armer Menschen.

Der Vorstoß der Jusos richtete sich gegen die bestehende, vielfach als ungerecht empfundene Rechtslage in § 265a StGB („Beförderungerschleichung“): Aktuell werden jährlich fast 150.000 Menschen bundesweit wegen Fahrens ohne Fahrschein verurteilt. 8.000 bis 9.000 von ihnen müssen pro Jahr sogar eine Ersatzfreiheitsstrafe verbüßen, da sie die gegen sie verhängte Geldstrafe nicht bezahlen können. Dies soll in Hamburg nun anders sein und nimmt Menschen mit geringem oder keinem Einkommen aus der Schusslinie des Strafrechts.

Dazu Janne Roehsler, Landesvorsitzende der Jusos Hamburg: „Wir freuen uns sehr, dass unser Einsatz Früchte trägt. Es ist ein wichtiges Zeichen, dass sich die SPD dafür ausspricht, arme Menschen nicht länger für Fahrkartenlosigkeit zu kriminalisieren. Die Debatte hat gezeigt: Solidarität ist für die SPD nicht nur eine leere Worthülse.“

Die Jusos erkennen an, dass der ÖPNV für Wohnungslose und weitere prekarierte Gruppen das einzige Fortbewegungsmittel und gerade im Winter auch einfach ein Ort zum Warmhalten sein kann. Dies wirkt sich selbstverständlich auch auf andere Nutzende aus. Um dort entgegenzuwirken, braucht es allerdings sozialpolitische Maßnahmen und ordentliche Sicherheitskonzepte – aber keine Aufenthalte in der JVA Billwerder.

Da es sich beim „Schwarzfahren“ um ein Antragsdelikt handelt, werden Polizei und Staatsanwaltschaft nur dann tätig, wenn die Verkehrsbetriebe Menschen anzeigen, die bei einer Kontrolle ohne Fahrschein angetroffen wurden. Zahnlos sind die Verkehrsbetriebe ohne eine Strafanzeige allerdings nicht: Fahren ohne Ticket kostet nach wie vor 60 Euro und lohnt sich nicht, nur belastet dies dann nicht mehr den Justizapparat. Außer Menschen im Gefängnis gibt es für die Verkehrsbetriebe bei einer Verurteilung keinen Mehrwert.

„Hamburg hat jetzt die Chance, sich einer immer größer werdenden Gruppe an Städten anzuschließen, darunter mit Bremen und Kiel auch Großstädte in unserer direkten Umgebung“, so Paul Strothmann, Landesvorsitzender der Jusos Hamburg und Initiator des Antrags. „Indem wir die im HVV zusammengeschlossenen Verkehrsunternehmen dazu auffordern, zukünftig auf Strafanzeigen zu verzichten, sorgen wir für große Entlastung bei Polizei, Staatsanwaltschaft, Gerichten und im Justizvollzug. Das sind großartige Nachrichten für alle dort Beschäftigten und alle, die Steuern zahlen. Es würde ja auch niemand auf die Idee kommen, Menschen ins Gefängnis zu stecken, die sich keinen Parkschein gekauft haben.“

Simon Schmitz, Mitglied im Landesvorstand der Jusos Hamburg, gergänzt: „Der deutsche Strafvollzug legt den Fokus ganz bewusst auf Resozialisierung. Bei den in der Regel kurzen Ersatzfreiheitsstrafen ist es nicht möglich, eine ernsthafte Resozialisierungsarbeit zu betreiben, hier geht es also nur um Strafe. Verurteilungen aufgrund von § 265a blockieren wertvolle Zeit und Arbeitskraft, die dringend an anderer Stelle benötigt werden. Die so freiwerdenden Ressourcen sind bei der Betreuung von schweren Straftäter*innen deutlich sinnvoller eingesetzt.“

Darüber hinaus unterstützen die Jusos Hamburg die Anstrengungen der SPD im Bund, § 265a aus dem Strafgesetzbuch zu streichen. Mit dieser Forderung reißen sich die Jusos in eine große Gruppe anderer Organisationen ein, darunter unter anderem die Bundesrechtsanwaltskammer, die Neue Richter*innenvereinigung und über 100 Wissenschaftler*innen. Wo in Berlin die progressiven Mehrheiten noch fehlen, sind sie in Hamburg vorhanden.

Über die Jusos Hamburg

Die Jusos Hamburg (Jungsozialist*innen in der SPD Hamburg) sind die Jugendorganisation der SPD Hamburg und mit über 2.500 Mitgliedern der größte politische Jugendverband in der Hansestadt. Es engagieren sich junge Menschen zwischen 14 und 35 Jahren. Gegliedert sind die Jusos in sieben Kreise mit 29 sogenannten Juso-Gruppen. Darüber hinaus bestehen drei Hochschulgruppen an der

Universität Hamburg, der Bucerius Law School und der HafenCity Universität sowie eine landesweite Schüler*innen- und Auszubildendengruppe. Die Jusos Hamburg entwickeln und diskutieren junge und wichtige Ideen, organisieren Kampagnen und Wahlkämpfe und bringen die Stimme der jungen Generationen in die SPD und in die Hamburger Politik ein. Die Grundwerte der Jugendorganisation sind Sozialismus, Internationalismus und Feminismus.

Pressekontakt

Jusos Hamburg

Emilian Soares

Landesgeschäftsführer

E-Mail: jusoshamburg@spd.de

Tel.: 040/2808-4813